

gelegenheiten darunter leiden müssen. Wir wollen uns nicht verhehlen, ein großer Theil von Ihnen weiß ja, wie es zugeht, wenn die Gemeinden um Zuschüsse zu den Wegebauten bei der Amtshauptmannschaft einkommen. Diejenigen, die das verstehen und mit ihren Anschlägen rechtzeitig kommen, die werden immer am besten fahren; dagegen die Gemeinden, die nicht so schnell sind und die Anschläge machen lassen, werden nicht so gut kommen und immer den Kürzeren ziehen. Meine Herren! Und wenn dann Zuschüsse verlangt werden, so wird mit Recht von der Amtshauptmannschaft darauf gedrungen, daß die Wege vorschriftsmäßig gebaut werden, und da ist es schon wiederholt vorgekommen, daß die Gemeinden die Unterstützung zurückgewiesen haben, denn wenn sie einen vorschriftsmäßigen Bau ausführen müßten, würden sie doppelt und dreifach herangezogen werden. Nun hat der Herr Minister zwar gesagt, es ist gesetzlich eine Obliegenheit der Gemeinden, den Wegebau selbst zu bestreiten; bis jetzt ist das so gewesen, aber Sie werden sich doch nicht verhehlen, daß durch den Ausbau unserer Eisenbahnen in unserem Vaterlande immer mehr und mehr der Verkehr von den Hauptstraßen durch die Sekundärbahnen weggezogen wird, daß eine Anzahl Dörfer Stationen bekommen, die nicht die Straße berühren, sondern nur die Kommunikationswege, und daß da infolge dessen die Kommunikationswege mehr belastet werden als die Staatsstraßen, das werden Sie mir nicht bestreiten wollen. Nun bin ich der Ansicht, daß man doch endlich einmal zu einem anderen Wege übergehen sollte, meine Herren, warum ist es nicht möglich, gerade wie schon vielleicht vor 8 Jahren der Herr Abg. Philipp es angeregt hat, daß man amtshauptmannschaftliche Verbände organisirt. Ich fordere nur eins vom Staate, daß derselbe diese Verbände unterstützt und circa 100 Straßenwärter mehr anstellt, damit die Straßenwärter beaufsichtigen, daß erstens gut gebaut wird, zweitens eine einheitliche Anpflanzung in Bezug auf die Obstbäume vorgenommen wird, und drittens die Wege reingehalten werden und die Baumpflege besorgt wird. Meine Herren! Sie werden doch zugeben müssen, daß in Bezug der Obstbäume eine sehr große Unordnung herrscht und infolge dessen die Gemeinden so gut wie nichts daraus lösen, während der Staat ganz erhebliche Einnahmen infolge seiner rationellen Bepflanzung daraus zieht. Der einzelnen Gemeinde fällt es zu schwer, allen diesen Aufgaben gerecht zu werden, nun kommt noch hinzu, daß die Kommunikationswege bei den heutigen Verhältnissen in Bezug auf die Breite nicht mehr entsprechend sind. Ich sage mir, daß auch nach dieser Seite hin der Staat mit den Gemeinden und Amtshauptmannschaften sich in Verbindung setzt und da wenigstens eine einheitliche Regelung

in Bezug auf die Breite herbeiführt. Das sind alles Aufgaben, die dem Staat und der Gemeinde nach den heutigen Verhältnissen obliegen. Ich habe die feste Ueberzeugung, wenn es der Staat auch heute noch einmal abweist, wenn der Staat auch 100,000 M. mehr verwilligt hat, daß die Petitionen jedenfalls wiederkommen werden und daß Sie den Gemeinden die Lasten für die Zukunft nicht allein überlassen können, sondern daß Sie endlich einen Weg einschlagen müssen, um größere Verbände zu organisiren, denn Sie werden doch zugeben, je größer der Verband, desto leistungsfähiger ist er, und ich bewundere nur, daß der Staat und vor allem die Konservativen nicht schon den vorgeschlagenen Weg betreten haben — ich muß aber zugleich aussprechen, ohne daß ich mir erlauben will, den Herren eine Zensur zu ertheilen, aber ich sehe sehr viele Lücken und verwundere mich, daß es gerade die Defonomen sind, welche doch das größte Interesse am Wegebau haben, hier fehlen und heute schon nach Hause gegangen sind; gerade bei diesem Kapitel könnten sie ihren Gemeinden größere Dienste leisten. Ja, meine Herren, man macht uns immer den Vorwurf: Sie interessiren sich nicht für die Allgemeinheit &c. Damit sind Sie sehr schnell bei der Hand, aber wir müssen auch einmal die Gelegenheit beim Schopf fassen und Ihnen die Wahrheit sagen. Ich bin der Ansicht, daß doch bei der Forderung der 4—800,000 M. die Regierung hätte nachgeben sollen. Es würde jedenfalls, wenn wir die Petition von Rabenau &c. durchsehen — die Herren haben dieselbe ja auch durchgegangen — da sehen Sie, wie die Verhältnisse liegen, und wenn da bloß 100,000 M. mehr bewilligt sind, ist dies für einen derartigen großen Verband nichts, da vielleicht kaum 20,000 M. auf diesen Kreis entfallen, womit ihnen nicht geholfen ist. Also müssen hier andere Wege eingeschlagen werden, und ich würde es mit Freude begrüßen, wenn wir auch nicht mehr im Landtage sind, daß die Regierung und die Landstände endlich einmal einsehen würden, so kann es nicht mehr weiter gehen, dann hat der Staat ein Opfer gebracht, und werden auch die reicheren Leute in den Amtshauptmannschaften schärfer herangezogen und die Gemeinden entlastet, und Sie sind wieder einen Schritt vorwärts gekommen, um die Unzufriedenheit auch unter Ihren Bauern in Bezug auf die Wegebaukosten immer mehr und mehr zu mildern.

**Präsident:** Es meldet sich niemand weiter? — Herr Abg. Opitz.

**Abg. Opitz:** Meine Herren! Ich hätte gewünscht, daß die Gründe, die der verehrte Herr Kollege Härtwig, der als einziger in dieser Frage sich von der Fraktion